

MARIA BERENTELG

Die *Act of State*-Doktrin
als Zukunftsmodell für
Deutschland?

*Veröffentlichungen
zum Verfahrensrecht*

Mohr Siebeck

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht
Band 68

herausgegeben von
Rolf Stürner und Gerhard Walter



Maria Berentelg

Die *Act of State*-Doktrin
als Zukunftsmodell für
Deutschland?

Zur Nachprüfung fremder Hoheitsakte
durch staatliche Gerichte

Mohr Siebeck

Maria Berentelg, geboren 1982; Studium der Rechtswissenschaft in Passau, Cardiff und Freiburg; 2009 Promotion; seit 2009 Rechtsreferendarin in Hamburg.

ISBN 978-3-16-150242-2 / eISBN 978-3-16-162973-0 unveränderte eBook-Ausgabe 2024
ISSN 0722-7574 (Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2010 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2009 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde im Mai 2009 abgeschlossen, wichtige Urteile und Literatur konnten noch bis Dezember 2009 eingearbeitet werden.

Mein aufrichtiger Dank gilt meinem hochverehrten Doktorvater Herrn Professor Dr. Rolf Stürner für die Anregung des interessanten Themas und die vorbildliche Betreuung. Die Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an seinem Institut hat mich sowohl fachlich als auch persönlich maßgeblich geprägt.

Herrn Professor Dr. Alexander Bruns, LL.M., danke ich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens. Der Studienstiftung des deutschen Volkes danke ich für die ideelle und materielle Förderung während der Promotion.

Die Dissertation wurde mit dem Carl von Rotteck-Preis 2009 der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg ausgezeichnet. Für diese Ehrung bin ich sehr dankbar.

Schließlich gilt mein ganz besonderer Dank meinen Eltern, die mich während des Studiums und der Promotionszeit in jeder Hinsicht unterstützt haben. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Hamburg, im Februar 2010

Maria Berentelg

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung.....	1
A. Problemstellung und Gang der Darstellung.....	1
B. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes.....	4
Kapitel 1: Völkerrechtliche Vorgaben für die Nachprüfung fremder Hoheitsakte durch staatliche Gerichte.....	7
A. Vorüberlegungen.....	7
B. Das Prinzip der Gleichheit der Staaten und der Grundsatz „ <i>par inter parem non habet iurisdictionem</i> “	8
C. Das Prinzip der staatlichen Souveränität.....	9
I. Der rechtliche Gehalt des Souveränitätsgrundsatzes	10
II. Souveränität und die Ausübung von Hoheitsgewalt	11
III. Ansätze zur Lösung von Zuständigkeitskollisionen	14
1. Nach monistischem Verständnis des Verhältnisses von Völkerrecht und staatlichem Recht.....	14
2. Differenzierung nach mittelbarer und unmittelbarer Auslandswirkung	15
3. Differenzierung nach ausschließlicher und konkurrierender Zuständigkeit	17
4. Bewertung der Lösungsansätze	18
IV. Zusammenfassung	21
D. Völkerrechtsverletzung durch die Anerkennung völkerrechtswidriger Hoheitsakte	22

E. Die Nachprüfung fremder Hoheitsakte durch die Gerichte und der Grundsatz der Staatenimmunität	25
F. Ergebnis.....	26
 Kapitel 2: Das US-amerikanische Modell: Die Act of State-Doktrin.....	 28
A. Die wichtigsten Rechtsquellen der Act of State-Doktrin	28
I. Die Entwicklung der Act of State-Doktrin durch die Rechtsprechung	29
1. Frühe Ansätze in der englischen und US-amerikanischen Rechtsprechung.....	29
a) Die englischen Ursprünge der Act of State-Doktrin.....	29
b) Erste US-amerikanische Entscheidungen.....	31
2. Die Entscheidungen des Supreme Court zur Act of State-Doktrin	32
a) <i>Underhill v. Hernandez</i>	32
b) <i>American Banana Co. v. United Fruit Co.</i>	34
c) <i>Oetjen v. Central Leather Co.</i>	35
d) <i>Ricaud v. American Metal Co.</i>	37
e) <i>Shapleigh v. Mier</i>	38
f) <i>United States v. Belmont</i>	39
g) <i>United States v. Pink</i>	41
h) <i>Banco Nacional de Cuba v. Sabbatino</i>	41
i) <i>First National City Bank v. Banco Nacional de Cuba</i>	45
j) <i>Alfred Dunhill of London, Inc. v. Republic of Cuba</i>	46
k) <i>W.S. Kirkpatrick & Co., Inc. v. Environmental Tectonics Corporation, International</i>	48
3. Die Entscheidungen der Instanzgerichte.....	49
II. Die Act of State-Doktrin im Restatement (Third) of Foreign Relations Law	49
 B. Die Act of State-Doktrin als Ausdruck richterlicher Selbstbeschränkung im System der Gewaltenteilung und die Rolle der Exekutive	 50
I. Die Rationale der Act of State-Doktrin in der Rechtsprechung des Supreme Court	51
1. Traditionelle Konzeption	51
2. Die Sabbatino-Entscheidung	52

3. Die Herleitung der Act of State-Doktrin seit der Sabbatino- Entscheidung.....	54
4. Exkurs: Das System der Gewaltenteilung in der US-Verfassung und die außenpolitischen Zuständigkeiten	56
II. Die Bedeutung tatsächlicher Einflußnahme durch die Exekutive	57
1. Die Bernstein-Exception	57
a) Bernstein v. N. V. Nederlandsche-Amerikaansche Stoomvaart-Maatschappij.....	58
b) Die Haltung des Supreme Court.....	59
c) Kritik an der Bernstein-Exception	60
2. Die Praxis der Gerichte	62
3. Die Forderung nach einer Executive-Exception.....	64
III. Das Second Hickenlooper Amendment.....	64
IV. Die Haltung der Exekutive	66
V. Die Kritik am Verständnis der Act of State-Doktrin als Ausdruck richterlicher Selbstbeschränkung im System der Gewaltenteilung	68
VI. Act of State- und Political Question-Doktrin	69
1. Die Political Question-Doktrin.....	70
2. Die Rolle der Political Question-Doktrin in außenpolitisch bedeutsamen Fällen.....	71
3. Das Verhältnis zwischen Act of State- und Political Question- Doktrin	72
4. Exkurs: Richterliche Selbstbeschränkung in den Zwangsarbeiterfällen.....	75
VII. Zusammenfassung und Stellungnahme.....	76
C. Die Voraussetzungen der Act of State-Doktrin	78
I. Das Merkmal des Act of State	78
II. Akt einer anerkannten Regierung.....	82
III. Die Territorialität der fremdstaatlichen Maßnahme.....	83
IV. Gültigkeit des fremden Hoheitsaktes	87
V. Die Einführung der Act of State-Doktrin in den Prozeß und Beweislastregelung.....	89
VI. Die Act of State-Doktrin als Regel des US-amerikanischen Bundesrechts	90
D. Die Anwendung der Doktrin: Starre Anerkennungsregel vs. Abwägung durch das erkennende Gericht	91
I. Die Doktrin als starre Anerkennungsregel	91
II. Abwägungsentscheidung über die Anwendung der Doktrin	92
III. Die Zukunft des Balancing-Approach nach der Kirkpatrick-Entscheidung.....	95

IV. Kritik an dem Balancing-Approach	96
V. Zusammenfassung	97
E. Die Ausnahmen von der Act of State-Doktrin	97
I. Gesetzliche und völkerrechtsvertragliche Ausnahmen	98
1. Gesetzliche Ausnahmen	98
a) Das Second Hickenlooper Amendment.....	98
b) Cuban Liberty and Democratic Solidarity (LIBERTAD) Act.....	99
c) Vollstreckung von Schiedssprüchen	100
2. Völkerrechtsvertragliche Regelungen.....	101
II. Richterrechtlich entwickelte Ausnahmen	101
1. Gefestigte rechtliche Standards	101
a) Die Treaty-Exception	102
b) Die International Law-Exception	103
2. Die Bernstein-Exception	106
3. Die Commercial Activity-Exception	106
4. Die Counterclaim-Exception	110
5. Hoheitsakte untergegangener Regierungen.....	111
III. Zusammenfassung	112
F. Die Wirkungsweise der Act of State-Doktrin und ihre dogmatische Einordnung	113
I. Die Act of State-Doktrin als Principle of Abstention?.....	114
II. Die Act of State-Doktrin als Principle of Decision	116
1. Die Hinnahme des fremden Hoheitsaktes als gültig.....	117
2. Der fremde Hoheitsakt als Rule of Decision.....	117
III. Weiterführende Ansätze: Die dogmatische Einordnung der Act of State-Doktrin in das System des Conflict of Laws	118
1. Einführung.....	118
2. Choice of Law-Theorien	120
a) Henkin: Die Act of State-Doktrin als die Anwendung der Public Policy des Forumstaates ausschließende Spezialregelung.....	120
b) Fox: Die Act of State-Doktrin und moderne Theorien des Choice of Law.....	120
3. Die Act of State-Doktrin als eigenständige Conflict of Laws-Regel.....	122
a) Dellapenna: Die Act of State-Doktrin als Rule of Repose...	122
b) Crockett: Die Act of State-Doktrin als Rule of Conflict of Laws	124
IV. Zusammenfassung und Stellungnahme.....	126

G. Kritik an der Act of State-Doktrin	127
H. Die Act of State-Doktrin: Zusammenfassung.....	131
Kapitel 3: Die Nachprüfung fremder Hoheitsakte durch staatliche Gerichte in Deutschland.....	135
A. Einführung.....	135
I. Die Nachprüfung fremder Hoheitsakte und der Begriff der Anerkennung	135
II. Die Anerkennung fremder Hoheitsakte und die Anwendung ausländischen öffentlichen Rechts	138
III. Die dogmatische Einordnung der Anerkennung fremder Hoheitsakte im Spannungsfeld von internationalem Privatrecht, internationalem öffentlichen Recht und internationalem Verfahrensrecht.....	140
B. Exemplarisch: Die Behandlung ausländischer Enteignungsakte durch die deutschen Zivilgerichte	142
I. Die Grundsätze des internationalen Enteignungsrechts	143
1. Der Begriff der Enteignung im internationalen Enteignungsrecht	143
2. Das Territorialitätsprinzip	144
a) Die Wirkungsweise des Territorialitätsprinzips	145
b) Der Geltungsgrund des Territorialitätsprinzips	146
3. Weitere Anerkennungsvoraussetzungen	148
a) Überprüfung anhand des Rechts des Enteignungsstaates	148
b) Vollzug der Enteignung	152
c) Völkerrechtsmäßigkeit der Enteignung.....	153
4. Einschränkung der Anerkennung durch den Vorbehalt des ordre public.....	155
a) Art. 6 EGBGB oder allgemeiner ordre public-Vorbehalt	155
b) Offensichtliche Unvereinbarkeit mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts	156
aa) Verstöße gegen grundrechtliche Wertungen	156
bb) Verstöße gegen das Völkerrecht	157
cc) Insbesondere: Das Kriterium der Inlandsbeziehung	158
c) Beispiele aus der Rechtsprechung	160
d) Der „Iranische Bürgerschaftsfall“	162
II. Abweichende Lösungsvorschläge / Auflockerungen des Territorialitätsprinzips.....	163

III. Zusammenfassung	166
C. Die Vorbildfunktion der Regeln über die Anerkennung ausländischer Urteile	167
I. Die Grundsätze der Urteilsanerkennung nach § 328 ZPO	169
1. Der Begriff und die Wirkungen der Anerkennung eines fremden Urteils	169
2. Gegenstand der Anerkennung	171
3. Verbot der <i>révision au fond</i>	171
4. Die Anerkennungs Hindernisse des § 328 ZPO.....	172
a) Anerkennungszuständigkeit, § 328 Abs. 1 Nr. 1 ZPO.....	172
b) Rechtliches Gehör, § 328 Abs. 1 Nr. 2 ZPO.....	173
c) Unvereinbarkeit mit einer anderen Entscheidung, § 328 Abs. 1 Nr. 3 ZPO.....	173
d) Verletzung des <i>ordre public</i> , § 328 Abs. 1 Nr. 4 ZPO.....	173
e) Gegenseitigkeit, § 328 Abs. 1 Nr. 5 ZPO.....	175
II. Interessenskonflikte und rechtspolitische Erwägungen bei der Urteilsanerkennung	175
1. Grundsätzlicher Ausgleich zwischen Partei- und Staatsinteressen.....	175
2. Sonderfall: Das Gegenseitigkeitserfordernis nach § 328 Abs. 1 Nr. 5 ZPO.....	179
III. Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Urteilsanerkennung und Anerkennung ausländischer Enteignungsakte.....	180
1. Einzelne Grundsätze der Anerkennung.....	181
a) Parallelen	181
b) Unterschiede	183
2. Zugrundeliegende Interessenskollisionen	184
IV. Relevanz der Grundsätze der Urteilsanerkennung für die Anerkennung anderer Hoheitsakte	186
D. Deutsche Verwaltungsakte im Zivilprozeß	188
I. Die Bindung der Zivilgerichte an Verwaltungsakte.....	189
II. Der Grund für die Bindung	190
III. Übertragbarkeit auf die Nachprüfung fremder Hoheitsakte	192
E. Grundrechtsbindungen der Zivilgerichte bei der Nachprüfung fremder Hoheitsakte	193
I. Einfachgesetzliche Bindung durch Art. 6 EGBGB	194
II. Unmittelbar verfassungsrechtliche Bindung an die Grundrechte	194
1. Die Leitnorm des Art. 1 Abs. 3 GG.....	195

a) Ausländische Staatsgewalt	196
b) Grundsatz der Bindung bei Sachverhalten mit Auslandsbezug	197
2. Einschränkungen des Umfanges der Grundrechtsbindungen...	198
a) Auswirkungen des grenzüberschreitenden Elements des Sachverhaltes	199
b) Das Erfordernis einer Inlandsbeziehung	204
c) Besonderheiten der Privatrechtsstreitigkeit.....	206
3. Die grundrechtlichen Anforderungen an die Anerkennung fremder Hoheitsakte	207
a) Extraterritoriale Hoheitsakte	207
b) Intraterritoriale Hoheitsakte	208
aa) Grundrechtliche Schutzpflichten	209
bb) Eingriff in den grundrechtlichen Schutzbereich	212
III. Zusammenfassung	215
F. Die Gefahr außenpolitischer Störungen durch die Nachprüfung fremder Hoheitsakte und die außenpolitische Unzuständigkeit der Gerichte.....	217
I. Einführung	217
II. Außenpolitische Zuständigkeiten im Gewaltenteilungsgefüge des Grundgesetzes	218
III. Berücksichtigung außenpolitischer Belange bei der Nachprüfung fremder Hoheitsakte	220
1. Prozessualer Ansatzpunkt	220
a) Aussetzung des Verfahrens	220
b) Prozessuale Möglichkeiten der Geltendmachung außenpolitischer Einschätzungen seitens der Regierung	222
aa) Erteilung einer amtlichen Auskunft gemäß § 273 Abs. 2 Nr. 2 ZPO	222
bb) Beteiligung als Nebenintervenient gemäß § 66 ZPO.....	224
cc) Beteiligung als „amicus curiae“	224
(1) Vertreter des öffentlichen Interesses im Verwaltungsgerichtsverfahren	225
(2) Principle 13 der ALI/UNIDROIT Principles of Transnational Civil Procedure	226
(3) Stellungnahme.....	228
c) Zusammenfassung	229
2. Anerkennungsregel als Ansatzpunkt.....	229
a) Uneingeschränkte Anerkennung aus dem Gedanken richterlicher Selbstbeschränkung.....	230
aa) Uneinheitliche Position deutscher Zivilgerichte.....	231

bb) Verfassungsgerichtliche Selbstbeschränkung im außenpolitischen Bereich.....	232
(1) Ausdrückliche Überlegungen zur Rücknahme richterlicher Kontrolle	233
(2) Weitergehende verdeckte verfassungsgerichtliche Selbstbeschränkung	235
(a) Mahnwachen-Beschluß	235
(b) Bodenreformurteile	237
(c) Bewertung	241
(3) Fazit	242
cc) Übertragbarkeit der Grundsätze verfassungsgerichtlicher richterlicher Selbstbeschränkung auf die zivilgerichtliche Überprüfung fremder Hoheitsakte	243
b) Vetorecht der Exekutive.....	246
c) Berücksichtigung außenpolitischer Belange im Rahmen der ordre public-Kontrolle.....	246
d) Stellungnahme	251
IV. Ergebnis	255
G. Entwurf einer allgemeinen Anerkennungsregel.....	256
I. Ausgangspunkt.....	256
II. Anerkennungsvoraussetzungen.....	259
1. Internationale Zuständigkeit.....	259
2. Anerkennungsgegenstand.....	262
a) Wirksamkeit.....	262
b) Keine Überprüfung der Rechtmäßigkeit	263
c) Endgültigkeit.....	264
d) Vollzug	265
3. Vorbehalt des ordre public	265
a) Grundrechte	267
b) Völkerrecht	268
c) Inlandsbeziehung	269
d) Verfahrensrechtlicher ordre public	270
e) Einbeziehung außenpolitischer Interessen	272
f) Gesamtwürdigung.....	273
III. Rechtsfolge und Auswirkungen auf den Prüfungsumfang	273
IV. Zusammenfassung	275
H. Die Nachprüfung fremder Hoheitsakte in Deutschland: Zusammenfassung	276

Kapitel 4: Vergleich der Rechtslage in den USA und in Deutschland	280
Schlußwort	287
Literaturverzeichnis	289
Sachregister	303

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
A.C.	Law Reports Appeal Cases
a.F.	alter Fassung
Abs.	Absatz
AG	Die Aktiengesellschaft
ALI	American Law Institute
Am. J. Int'l L.	The American Journal of International Law
Am. U. L. Rev.	American University Law Review
Art.	Artikel; Article
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters
B.U. Int'l L.J.	Boston University International Law Journal
B.U. L. Rev.	Boston University Law Review
Bd.	Band
BerDGVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
Bus. Law.	Business Lawyer
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
bzw.	beziehungsweise
C.A.	Court of Appeals; Court of Appeal
Cal.	California
Chi. J. Int'l L.	Chicago Journal of International Law
Cir.	Circuit
Colum. J. Transnat'l L.	Columbia Journal of Transnational Law
Colum. L.Rev.	Columbia Law Review
Conn. J. Int'l L.	Conneticut Journal of International Law
Cranch	Cranch's United States Reports
D.	District Court (Federal)
D.C.	District Court; District of Columbia
D.D.C.	U.S. District Court, District of Columbia
Den. J. Int'l L. & Pol'y	Denver Journal of International Law and Policy
DePaul Bus. L.J.	DePaul Business Law Journal
ders.	derselbe

DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
Emory L.J.	Emory Law Journal
Eng. Rep.	English Reports
EuGVVO	Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
F.2d	West's Federal Reporter, Second Series
F.3d	West's Federal Reporter, Third Series
F.A.Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
F.Supp.	West's Federal Supplement
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fed. Cir.	Federal Circuit
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fla.	Florida
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA Res.	General Assembly Resolution
Ga.App.	Georgia Appeals Reports
GG	Grundgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
h.L.	herrschende Lehre
H.L.	House of Lords
H.L.C.	Clark & Finelly's House of Lords Reports New Series
h.M.	herrschende Meinung
Hamline L. Rev.	Hamline Law Review
Harv. Int'l L.J.	Harvard International Law Journal
Harv.L.Rev.	Harvard Law Review
Hofstra L. Rev.	Hofstra Law Review
I.L.M.	International Legal Materials
ICLQ	International & Comparative Law Quarterly
Ill.	Illinois
ILSA J. Int'l & Comp. L.	ILSA Journal of International and Comparative Law
Ind. Int'l & Comp. L. Rev	Indiana International and Comparative Law Review
Int'l L.	International Lawyer
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts

IPRSpr	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts
J. Int'l Bus. & L. JÖR	Journal of International Business and Law Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JuS JZ	Juristische Schulung Juristenzeitung
K.B. Kap.	English Law Reports, King's Bench Kapitel
L.Q.R. Law & Pol'y Int'l Bus. m.w.Nw.	Law Quarterly Review Law and Policy in International Business mit weiteren Nachweisen
Md.J.Contemp.Legal Issues	Maryland Journal of Contemporary Legal Issues
Mich. J. Int'l L. Misc.2d	Michigan Journal of International Law Miscellaneous Reports, Second Series
N.C.J. Int'l L. & Com. Reg.	North Carolina Journal of International Law and Commercial Regulation
N.D.	Northern District
N.J.	New Jersey
N.Y.	New York
N.Y.A.D.	New York Supreme Court Appellate Division
N.Y.L. Sch. J. Int'l & Comp. L.	New York Law School Journal of International and Comparative Law
N.Y.U.J. Int'l L. & Pol.	New York University Journal of International Law and Politics
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungsreport Zivilrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVB1.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
OLG	Oberlandesgericht
Pac. Rim L. & Pol'y J. Pace Int'l L. Rev. PCIJ	Pacific Rim Law and Policy Journal Pace International Law Review Permanent Court of International Justice Cases
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
Rutgers-Cam L.J.	Rutgers-Camden Law Journal

S.	Seite; Satz
S.Cal.L.Rev.	Southern California Law Review
S.D.	Southern District
S.Z.	Süddeutsche Zeitung
sec.	Section
Stan. L. Rev.	Stanford Law Review
Sup. Ct. Rev.	Supreme Court Review
Swans.	Swanston's English Chancery Reports
Temp. Int'l & Comp. L.J.	Temple International and Comparative Law Journal
Tex. Int'l L.J.	Texas International Law Journal
Tex. Rev. L. & Pol.	Texas Review of Law and Politics
Tex.	Texas
Transnat'l Law.	The Transnational Lawyer
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review
U. Colo. L. Rev.	University of Colorado Law Review
U. Haw.L.Rev.	University of Hawaii Law Review
U. Pa. J. Int'l Econ. L.	University of Pennsylvania Journal of International Economic Law
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
U.S.	United States Supreme Court Reports
U.S.C	United States Code
UCLA J. Int'l L. & Foreign Aff.	University of California Journal of International Law and Foreign Affairs
Va. J. Int'l L.	Virginia Journal of International Law
Vand. J. Transnat'l L.	Vanderbilt Journal of Transnational Law
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VersR	Versicherungsrecht
VerwArch	Verwaltungsarchiv
vgl.	vergleiche
Vill. L. Rev.	Villanova Law Review
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
Wash. L. Rev.	Washington Law Review
WL	Westlaw
WM	Wertpapier-Mitteilungen
Wm. & Mary L. Rev.	William and Mary Law Review
Yale L.J.	Yale Law Journal
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZPO	Zivilprozeßordnung

ZVglRWiss

Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

ZZP

Zeitschrift für Zivilprozeß

ZZPInt

Zeitschrift für Zivilprozeß International

Einleitung

A. Problemstellung und Gang der Darstellung

Staaten versuchen auf vielfältige Weise, auf die nationalen Wirtschaftsordnungen und den internationalen Wirtschaftsverkehr Einfluß zu nehmen, sei es aus ideologischer Überzeugung, sei es zur Bewältigung von Finanz- und Wirtschaftskrisen oder aus rein fiskalischen Eigeninteressen. Neben der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch Gesetze greifen Staaten dabei oft auch durch Hoheitsakte unmittelbar in private Rechtspositionen ein. Augenfälligstes Beispiel hierfür ist die Verstaatlichung einzelner Unternehmen oder ganzer Industriezweige. Nachdem mit dem Ende des Kalten Krieges die Welle ideologisch motivierter Enteignungen zunächst abgeklungen schien, wird derzeit besonders in Südamerika der direkte Zugriff auf Wirtschaftsunternehmen wieder als probates Mittel zur Förderung politischer Ziele angesehen¹. Im Zuge der 2008 virulent gewordenen Finanzkrise erwägen aber auch europäische Staaten den Rückgriff auf Verstaatlichungen in dem Bestreben, dadurch Unternehmensinsolvenzen und einen befürchteten Zusammenbruch des Finanzsystems abzuwenden².

¹ Besonders in Venezuela sind unter der Regierung Chávez Bestrebungen erkennbar, zunächst wichtige, vor allem rohstoffbasierte Industriezweige, mittlerweile etwa aber auch Agrarfirmen, vor allem diejenigen in der Hand ausländischer Unternehmen, zu verstaatlichen; zur Durchsetzung der Maßnahmen wird auch vor der Anwendung militärischer Gewalt nicht zurückgeschreckt, vgl. etwa *The Times* vom 02.05.2007, S. 49; F.A.Z. vom 21.08.2008, S. 12; F.A.Z. vom 11.04.2008, S. 15; F.A.Z. vom 02.03.2009, S. 8; S.Z. vom 02.03.2009, S. 8; F.A.Z. vom 26.09.2009, S. 10. Zur Begründung berufen sich venezolanische Regierungsvertreter auf den Rückgewinn souveräner Kontrolle über die Rohstoffvorkommen, F.A.Z. vom 28.06.2007, S. 11, den Schutz der Rechte der Arbeiter, F.A.Z. vom 11.4.2008, S. 15, und vor allem auf das Ziel der Verwirklichung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, F.A.Z. vom 21.08.2008, S. 12. Ähnliche Vorkommnisse sind daneben z.B. auch in Bolivien unter der Regierung Morales zu verzeichnen, s. *Co-haris*, 80 S. Cal. L. Rev. 1 (2006), S. 2.

² Vgl. in Deutschland etwa Art. 3 (Rettungsübernahmegesetz) des Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetzes vom 7.4.2009, BGBl. 2009 I, S. 725 ff.; dazu *Wolfers/Rau*, NJW 2009, 1297. Zu vergleichbaren Entwicklungen in Großbritannien und Irland s. F.A.Z. vom 20.03.2009, S. 22.

Neben solch unmittelbar eingreifenden Maßnahmen wie Enteignungen bedienen Staaten sich zunehmend auch indirekterer Mittel, um den Wirtschaftsverkehr eingreifend zu lenken. Zu denken ist hier beispielsweise an die erzwungene Neuverhandlung von Verträgen zwischen Staaten und internationalen Großkonzernen mit dem Ergebnis wesentlich günstigerer Konditionen für die staatliche Vertragspartei³, an die Drohung, bei einem bestimmten Verhalten Zulassungen zu entziehen⁴, an die Einleitung von Strafverfahren gegen führende Angestellte internationaler Konzerne⁵, daran, die Genehmigung von Veränderungen einer Unternehmensstruktur an die Voraussetzung zu knüpfen, daß die Mehrheit an dem veränderten Gebilde dem Staat zusteht⁶, oder an die undurchsichtigen Umstände der Zerschlagung des Yukos-Konzerns⁷.

Die Auswirkungen solcher Maßnahmen bleiben in den seltensten Fällen auf das Gebiet des eingreifenden Staates beschränkt. Enteignete Unternehmen werden in Staatshand weitergeführt und nehmen am internationalen Wirtschaftsverkehr teil oder die Aktien zerschlagener Konzerne werden von ausländischen Bietern aufgekauft. Durch die vielfältigen internationalen Verflechtungen in einer globalisierten Welt ist es fast unvermeidbar, daß sich auch Gerichte zunächst unbeteiligter Staaten mit dem Problem konfrontiert sehen, ob sie fremdstaatliche Eingriffe als wirksam zu behandeln haben. Da gerade ausländische Unternehmen überproportional häufig von derartigen Maßnahmen betroffen werden, können sie oder ihre Anteilseigner versucht sein, nicht im Erlaßstaat, sondern vor den Gerichten des eigenen Staates oder in Drittstaaten die Ungültigkeit oder Unrechtmäßigkeit der fremden Hoheitsakte geltend zu machen. Einem unmittelbaren Vorgehen gegen den ausländischen Staat stehen allerdings regelmäßig der Grundsatz der Staatenimmunität sowie die Vereinbarung von Schiedsklauseln in Investitionsverträgen entgegen, so daß sich die Problematik der Folgen derartiger fremdstaatlicher Maßnahmen vor allem als Vorfrage in Zivilprozessen zwischen Privatpersonen stellen wird. So könnten etwa deutsche Anteilseigner eines im Ausland enteigneten Konzerns unter Hinweis auf die vermeintliche Unwirksamkeit des Eingriffs von Importeuren der Produkte des betroffenen Unternehmens diese herausverlangen oder

³ So z.B. die Verträge amerikanischer Ölkonzerne mit Venezuela, F.A.Z. vom 18.06.2007, S. 11.

⁴ So drohte etwa der venezolanische Präsident Chávez europäischen Banken mit dem Entzug ihrer Zulassung, sollten sie eine bestimmte EU-Richtlinie anwenden, F.A.Z. vom 07.07.2008, S. 6.

⁵ So geschehen in Argentinien gegenüber Shell-Managern wegen des Vorwurfes der Spekulation mit Treibstoff, F.A.Z. vom 28.08.2007, S. 14.

⁶ So etwa in Zimbabwe, F.A.Z. vom 13.03.2008, S. 12.

⁷ Dazu beispielsweise F.A.Z. vom 27.03.2007, S. 17.

Schadensersatz verlangen. Daß dies kein bloßes „*Gedankenspiel*“⁸ ist, zeigt etwa die Ankündigung des früheren Mehrheitseigners des zerschlagenen Yukos-Konzerns, Klagen gegen Erwerber von Unternehmensteilen erheben zu wollen⁹.

Es bedarf daher der Klärung, wie die Zivilgerichte mit ausländischen Hoheitsakten zu verfahren haben, von deren Wirkungen der Ausgang eines Prozesses abhängt. Die Gerichte sind dabei nicht abstrakt mit der Frage befaßt, ob derartige fremdstaatliche Maßnahmen als politisch und moralisch verwerflich oder akzeptabel erscheinen, sondern müssen sich ganz konkret mit den Auswirkungen eines erfolgten ausländischen Eingriffes auf das Verhältnis zwischen Privatparteien befassen. Zu fragen ist danach, welche *rechtlichen* Regeln die Behandlung ausländischer Hoheitsakte durch die Zivilgerichte bestimmen.

Die vorliegende Arbeit hat sich zum Ziel gesetzt, die rechtlichen Vorgaben an die Nachprüfung und Anerkennung fremdstaatlicher Hoheitsakte herauszuarbeiten. Diesem Zweck entsprechend werden in einem ersten Schritt die völkerrechtlichen Vorgaben an die Behandlung fremder Hoheitsakte untersucht. Den Hauptteil der Arbeit nimmt die anschließende Darstellung der Rechtslage in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland ein. Die US-amerikanische Rechtsprechung hat in Bezug auf die Nachprüfung ausländischer Hoheitsakte mit der Act of State-Doktrin ein im internationalen Vergleich singuläres Lösungsmodell entwickelt, dessen Besonderheiten einer ausführlichen Untersuchung bedürfen. Nur so kann die Frage beantwortet werden, inwieweit die Doktrin als wegweisend für die deutsche Rechtsordnung herangezogen werden kann und sollte. Während in den USA alle Arten von Hoheitsakten einheitlich behandelt werden, fehlt es in Deutschland bislang an einer allgemeingültigen Regelung für die Nachprüfung und Anerkennung fremder Hoheitsakte. Daher soll bei der Darstellung der Rechtslage in Deutschland, ausgehend von der Behandlung einzelner Hoheitsakte und der verfassungsrechtlichen Vorgaben, ermittelt werden, inwieweit auch hier eine einheitliche Rechtsregel für verschiedene fremdstaatliche Maßnahmen möglich ist und wie eine solche auszugestalten wäre. Bereits in diesem Teil wird dabei zumindest in Ansätzen die Frage zu stellen sein, inwieweit einzelne Aspekte der Act of State-Doktrin mit der deutschen Rechtsordnung vereinbar sind.

Abschließend werden die Vorgaben des US-amerikanischen und des deutschen Rechts einander gegenübergestellt und verglichen, um so die

⁸ Vgl. Behrens, EuZW 2005, 33.

⁹ S. S.Z. vom 04.04.2007, S. 19; F.A.Z. vom 27.03.2007, S.17; F.A.Z. vom 05.04.2007, S. 20. Zu den Verfahren ehemaliger Yukos-Aktionäre vor ausländischen Gerichten s. z.B. F.A.Z. vom 02.12.2009, S. 21.

Ausgangsfrage nach der Eignung der Act of State-Doktrin als mögliches Zukunftsmodell beantworten zu können.

B. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes

Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich allerdings auf solche Hoheitsakte, derer sich der Staat zur Erfüllung seiner politischen, vor allem wirtschaftspolitischen Ziele bedient. Staatliche Hoheitsakte, die in erster Linie einen Ausgleich zwischen Privatpersonen erzielen sollen, müssen aus den Betrachtungen ausgeklammert werden, da die jeweiligen Interessenlagen zu verschieden sind, als daß eine einheitliche Behandlung sinnvoll erschiene.

Ausgenommen wird auch die Problematik der sogenannten transnationalen Verwaltungsakte¹⁰. Dabei handelt es sich um nationale Akte, die aufgrund der Verpflichtungen des Europarechts in allen Mitgliedsstaaten anzuerkennen sind¹¹. Grundlage der Transnationalität ist ein Mindestvertrauen in das materielle Recht ausländischer Staaten, das wiederum auf einer Harmonisierung rechtlicher Standards beruht¹². Eine solche Harmonisierung kann aber nur für bestimmte Teilbereiche und regelmäßig nur unter einer relativ homogenen Gruppe von Staaten bestehen und ist durch gleichlaufende Zielvorstellungen bedingt. Auf globaler, über die Europäische Union hinausgehender Ebene und insbesondere für die hier interessierenden (wirtschafts-)politisch motivierten eingreifenden Hoheitsakte bestehen ein solcher Gleichlauf und eine internationale Harmonisierung dagegen gerade nicht.

Bereits an dieser Stelle ist zudem das Augenmerk auf den Zusammenhang zwischen Nachprüfung und Anerkennung fremder Hoheitsakte zu lenken. Hier erscheint es zunächst ausreichend, die Anerkennung dahingehend zu definieren, daß durch sie der anerkennende Staat dem fremden Hoheitsakt diejenigen Rechtswirkungen zumißt, die der Erlassstaat an sie geknüpft hat¹³. Die Frage nach der Nachprüfung eines fremden Aktes durch den Zivilrichter stellt sich nur dann, wenn die Anerkennung im vorgenannten Sinne an die Erfüllung gewisser Voraussetzungen geknüpft ist. Scheidet dagegen jede Anerkennung ausländischer Maßnahmen von vornherein aus oder aber kommt es zu einer vorbehaltlosen Anerkennung aller Ho-

¹⁰ Hierzu *Ruffert*, Die Verwaltung 34 (2001), S. 453 ff.

¹¹ *Burbaum*, Rechtsschutz gegen transnationales Verwaltungshandeln, S. 19.

¹² Vgl. *Ruffert*, Die Verwaltung 34 (2001), 453, S. 464.

¹³ Vgl. *Geck*, Anerkennung fremder Hoheitsakte in: Strupp/Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, S. 55; *Hoffmann*, Internationales Verwaltungsrecht, S. 869 f. Ausführlich zum Begriff der Anerkennung in der deutschen Rechtsordnung s.u. Kap.3.A.I.

heitsakte, so bedarf es keiner Untersuchung des fremdstaatlichen Aktes durch das Zivilgericht. Ob und inwieweit eine Nachprüfung fremder Hoheitsakte stattzufinden hat, hängt folglich von der Ausgestaltung der Anerkennungsregel ab. Die Untersuchung der Nachprüfung fremder Hoheitsakte beinhaltet daher notwendig auch die der jeweiligen Anerkennungsregel.

Kapitel 1

Völkerrechtliche Vorgaben für die Nachprüfung fremder Hoheitsakte durch staatliche Gerichte

A. Vorüberlegungen

Die Frage, ob ein fremder Hoheitsakt durch die Gerichte eines anderen Staates überprüft oder ohne weiteres in seinen Wirkungen hingenommen wird, kann nicht nur die Interessen der direkt betroffenen Prozeßparteien, sondern, zumindest mittelbar, auch die des den Hoheitsakt erlassenden Staates berühren. Denn nur eine Anerkennung seines Hoheitsaktes auch in Drittstaaten führt zu einer vollumfänglichen Wirksamkeit der hoheitlichen Maßnahme und kann die Erreichung des jeweils mit dem Hoheitsakt verfolgten Zweckes garantieren. So läuft beispielsweise die Enteignung zum Export bestimmter Waren ins Leere, wenn Gerichte in Drittstaaten die durch die Enteignung beabsichtigte Änderung der Rechtslage nicht hinnehmen, sondern den Verkaufserlös den Alteigentümern zusprechen. Zu bedenken ist weiterhin, daß bei der Beurteilung eines ausländischen Hoheitsaktes nationale Gerichte zwar nicht über einen fremden Staat als solchen zu Gericht sitzen, wohl aber über Maßnahmen, die dieser Staat getroffen hat. Damit betrifft die Frage nach der Überprüfung fremder Hoheitsakte durch Gerichte des Forumstaates auch den zwischenstaatlichen, durch das Völkerrecht geregelten Bereich. Es ist zu prüfen, inwieweit das Völkerrecht Anforderungen an die Anerkennung ausländischer Hoheitsakte bereithält.

Völkerrechtsvertragliche Regelungen über die Anerkennung der Wirksamkeit fremder Hoheitsakte liegen nur für Teilbereiche vor¹. Auch die Rechtspraxis in den verschiedenen Staaten variiert², von der Bildung von Völkergewohnheitsrecht kann daher nicht gesprochen werden. Maßgeblich für den völkerrechtlichen Rahmen können folglich allein die *allgemein* dem Völkerrecht zugrundeliegenden Prinzipien sein. Damit sind die völ-

¹ Z.B. wird die Anerkennung von Führerscheinen durch Art. 7 des Internationalen Abkommens über den Kraftfahrzeugverkehr vom 24.4.1926, RGBI 1930 II S. 1234, und Art. 41 des Übereinkommens über den Straßenverkehr vom 8.11.1968, BGBl. 1977 II, S. 809, geregelt. Für den innereuropäischen Bereich enthält Art. 2 der RiLi 2006/126/EG, Amtsblatt Nr. 2403 vom 30.12.2006 S. 18–60, die Pflicht zur gegenseitigen Anerkennung von Führerscheinen.

² S. Fonteyne, Acts of State, in: Bernhardt, EPIL, Vol. I, S. 17 ff.

kerrechtlichen Vorgaben vor allem anhand der Grundsätze der Gleichheit und Souveränität der Staaten abzustecken. Folgt aus diesen eine allgemeine Regel des Völkerrechtes über die Behandlung fremdstaatlicher Hoheitsakte, so wäre diese in der Bundesrepublik Deutschland nach Art. 25 GG bindend³, mit der Folge, daß eine Regelung über die Nachprüfung und Anerkennung fremder Hoheitsakte nur innerhalb des völkerrechtlich gesteckten Rahmens möglich wäre.

B. Das Prinzip der Gleichheit der Staaten und der Grundsatz „*par inter parem non habet iurisdictionem*“

Eines der wesentlichen Grundprinzipien des Völkerrechts ist die Annahme der Gleichheit aller Staaten⁴. Zwar taucht dieser Begriff häufig in Kombination mit dem Gedanken der Souveränität auf – gesprochen wird von der souveränen Gleichheit der Staaten⁵ – doch haben die Begriffe der Gleichheit und Souveränität, mögen sie sich auch gegenseitig ergänzen und verstärken, jeweils einen eigenständigen Gehalt⁶. Der Grundsatz der Gleichheit gewährt den Staaten die *formelle* Gleichheit vor dem Recht⁷, sofern kein abweichender völkerrechtlicher Vertrag vorliegt⁸. Da also aus der Perspektive des Völkerrechtes alle Staaten einander gleichgeordnet sind⁹, besitzt kein Staat eine übergeordnete Rechtsposition, die ihm die Befugnis verleihen könnte, über einen anderen Staat zu Gericht zu sitzen¹⁰. Ein

³ Vgl. dazu *Pernice*, in Dreier, GG, Bd. II, Art. 25, Rn. 23. Zur Bedeutung des Art. 25 GG bei der Frage der Anerkennung ausländischer Urteile s. *Martiny*, Anerkennung, in: Hdb. IZVR III/1, Rn. 149.

⁴ Art. 2 Ziff. 1 UN-Charta; *Hobe*, Einführung in das Völkerrecht, S. 324.

⁵ Vgl. nur Art. 2 Ziff. 1 UN-Charta; *Verdross/Simma*, Universelles Völkerrecht, §§ 454 ff.; *Hobe*, Einführung in das Völkerrecht, S. 365 ff., *Ipsen/Epping*, § 26, Rn. 7 ff.

⁶ *Schaumann*, Die Gleichheit der Staaten, S. 6; *Damian*, Staatenimmunität und Gerichtszwang, S. 15.

⁷ Friendly Relations Declaration v. 24.10.1970, GA Res. 2625 (XXV); *Seidl-Hohenveldern* in: Lexikon des Rechts/Völkerrecht, Stichwort „Gleichheit“, S. 150; *Vitzthum*, in: *Vitzthum*, Völkerrecht, S. 24 f.

⁸ *Ipsen/Epping*, § 26, Rn. 8.

⁹ *Ipsen/Epping*, § 26, Rn. 7; *Jennings/Watts*, *Oppenheim's International Law*, Vol. I, S. 339.

¹⁰ Nicht zu überzeugen vermag die Ansicht *Damians*, Staatenimmunität und Gerichtszwang, S. 15, mit dem Prinzip „*par inter parem non habet imperium*“ sei es auch vereinbar, wenn jeder Staat über die anderen Gerichtsbarkeit ausüben dürfte. Die Gleichheit der Staaten bedingt das Fehlen jeglicher Hierarchie im Sinne einer rechtlichen Über- bzw. Unterordnung, sie geht damit über ein schlichtes Gebot der Gleichbehandlung aller Staaten hinaus.

wichtiger Teilaspekt des Prinzips der Gleichheit der Staaten ist damit die Maxime „*par inter parem non habet iurisdictionem*“¹¹.

Dieser Leitsatz steht hinter dem Prinzip der Staatenimmunität des Völkerrechts¹². Für die Frage nach der Beurteilung ausländischer Hoheitsakte als Vorfrage durch inländische Gerichte ist er jedoch wenig aussagekräftig, denn der fremde Staat ist regelmäßig nicht Partei des Rechtsstreits. Nur dann, wenn man dem Grundsatz der Gleichheit der Staaten in seiner speziellen Ausprägung „*par inter parem non habet iurisdictionem*“ auch entnehme, die Beurteilung jeglicher fremdstaatlicher Äußerung sei unzulässig, ergäbe sich durch ihn ein Begrenzung der Überprüfungsbefugnis. Ein derartiges Verständnis könnte jedoch mit einem anderen grundlegenden völkerrechtlichen Prinzip kollidieren, dem Prinzip der staatlichen Souveränität.

C. Das Prinzip der staatlichen Souveränität

Denn es könnte Bestandteil der Souveränität des Gerichtsstaates sein, eigenständig darüber zu bestimmen, welche Wirkungen einem fremden Hoheitsakt innerhalb seiner Jurisdiktionssphäre zukommen sollen und inwieweit diese in Verfahren vor den innerstaatlichen Zivilgerichten zu überprüfen sind¹³. Zugleich aber ließe sich argumentieren, daß zwar noch nicht die Nachprüfung der ausländischen Maßnahmen als solche, wohl aber die möglicherweise daraus resultierende Nichtanerkennung die Souveränität des Erlaßstaates einschränkt. Dann stünden sich die souveränen Rechte zweier Staaten gegenüber. Die Gleichheit der Staaten hat zur Folge, daß jedem Staat die gleichen völkerrechtlichen Rechte und Pflichten gebühren¹⁴. Gleichzeitig müssen freilich die souveränen Rechte des einen Staates durch die der anderen Staaten begrenzt sein¹⁵. Die völkerrechtliche Ordnung muß so gestaltet sein, daß es nicht zu Konflikten zwischen den Handlungsfreiheiten und Kompetenzsphären der einzelnen Staaten kommt¹⁶. Vor diesem Hintergrund gilt es zu klären, welche Vorgaben für die Anerken-

¹¹ *Jennings/Watts*, *Oppenheim's International Law*, Vol. I, S. 341; Diese Formulierung läßt sich auf die Aussage des *Bartolus* zurückführen, „non enim una civitas potest facere legem super alteram, quia par in parem non habet imperium“, *Tractatus represaliarum*, Qu.I/3, § 10, zitiert nach *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/1, S. 453.

¹² *Hobe*, *Einführung in das Völkerrecht*, S. 371.

¹³ Vgl. *Kreicker*, *Völkerrechtliche Exemtionen*, Bd. I, S. 303.

¹⁴ *Geiger*, *Grundgesetz und Völkerrecht*, S. 280 f.

¹⁵ *Bleckmann*, *Völkerrecht*, Rn. 165, 169, 443; *Hector*, *Das völkerrechtliche Abwägungsgebot*, S. 159 ff.; vgl. auch *Vitzthum*, in: *Vitzthum*, *Völkerrecht*, 3. Auflage 2004, S. 24, „Die Souveränität des einen Staates ist im Verhältnis zu der der anderen zu sehen“.

¹⁶ Vgl. *Bleckman*, *VR*, Rn. 165, 169.

nung und Nachprüfung fremder Akte durch das völkerrechtliche Souveränitätsprinzip bestehen.

I. Der rechtliche Gehalt des Souveränitätsgrundsatzes

Gerade wegen seiner grundlegenden Bedeutung¹⁷ zählt das Prinzip der staatlichen Souveränität zu den umstrittensten Grundsätzen des Völkerrechts. An dieser Stelle kann und muß sich die Diskussion auf die unmittelbar für die Frage der Nachprüfung fremder Hoheitsakte relevanten Probleme beschränken. Zunächst sei aber festgehalten, daß – ungeachtet der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten innerhalb der Staatengemeinschaft – die Souveränität als rechtliche Kategorie und als Basis der gegenseitigen rechtlichen Beziehungen nach wie vor Gültigkeit besitzt. Auch wenn auf politischer und wirtschaftlicher Ebene erhebliche Ungleichheiten bestehen, die dazu führen können, daß ein Staat sich dem Willen eines anderen unterordnet, so geschieht dies doch immer in dem Bewußtsein und vor dem Hintergrund, damit auf einen Teil der ihm als Staat grundsätzlich zustehenden Souveränität zu verzichten¹⁸. Rechtlich dazu gezwungen werden, kann ein Staat nicht.

Trotz teils erheblicher Unklarheiten im einzelnen läßt sich die völkerrechtliche Souveränität als „*die unabgeleitete, umfassende Rechtsmacht der voneinander unabhängigen, einander gleichberechtigten und völkerrechtsunmittelbaren Staaten*“¹⁹, als „*summa potestas*“²⁰, definieren. Grundsätzliche Einigkeit besteht auch darüber, daß die völkerrechtliche Souveränität zwei Aspekte umfaßt, die innere und die äußere Souveränität²¹. Dabei sichert die äußere Souveränität die Unabhängigkeit in Bezug auf das Handeln außerhalb des eigenen Staatsgebietes, also das Handeln im Bezug auf das Verhältnis zu anderen Staaten. Sie beinhaltet, daß kein Staat einer höheren Gewalt außer dem Völkerrecht untersteht, die äußere Souveränität begründet demnach die Völkerrechtsunmittelbarkeit²². Die innere Souveränität hingegen gewährt den Staaten die autonome Ausgestaltung ihrer Rechtsordnung²³, die Letztentscheidungsbefugnis über ihr Hoheitsge-

¹⁷ Hillgruber, JZ 2002, 1072, S. 1076; BVerfGE 46, 342 (Leitsatz 14); Bleckmann, Völkerrecht, Rn. 147.

¹⁸ S. dazu Art. 2 Nr. 1 UN-Charta; Hillgruber, JZ 2002, 1072, S. 1073.

¹⁹ Hillgruber, JZ 2002, 1072, S. 1074.

²⁰ Torres Bernárdez, Territorial Sovereignty, in: Bernhardt, EPIL, Vol. IV, S. 826.

²¹ Ipsen/Ipsen, § 2 Rn. 66; Ipsen/Epping, § 5, Rn. 8; Jennings/Watts, Oppenheim's International Law, Vol. I, S. 382.

²² Vitzthum, in: Vitzthum, Völkerrecht, S. 34; Ipsen/Epping, § 5 Rn. 8; Verdross/Simma, Universelles Völkerrecht, § 35; Jennings/Watts, Oppenheim's International Law, Vol. I, S. 382; Oeter, in: FS Steinberger, S. 276; Hillgruber, JZ 2002, 1072, S. 1074.

²³ Geiger, Grundgesetz und Völkerrecht, S. 280; Ipsen/Ipsen, § 2 Rn. 66; Ipsen/Epping, § 5 Rn. 8; Jennings/Watts, Oppenheim's International Law, Vol. I, S. 382.

Sachregister

- act of state 78 ff.
- Akt eines Revolutionsregimes 33, 37
- anerkannter Regierung 82 f., 111 f.
- Beschlagnahme 34, 35 f., 37
- commercial act 47, 106 ff.
- Eigentumsentziehung, *siehe auch* staatliche Beschlagnahme 41 ff., 45 f., 46 ff.
- Formalisierung 80
- Gesamtwürdigung 81
- hoheitlicher Akt 78 ff.
- private act/public act-Unterscheidung 79 f.
- tatsächliches Handeln 80
- Völkerrecht, Verstoß gegen, 42 ff., 103 ff.
- Zahlungsverweigerung 47
- Zweckrichtung 78
- Act of State-Doktrin 28 ff., 280 ff.
- Abbruch diplomatischer Beziehungen 82
- Abwägung 92 ff.
- Alien Tort Claims Act 103, 105 f., 280
- Anerkennung fremder Hoheitsakte 122 ff.
- Anfänge 31 ff.
- Anwendung, *siehe auch ebenda*, 91 ff.
- Ausnahmen, *siehe auch ebenda*, 97 ff.
- auswärtige Gewalt 42 ff., 53 ff.
- balancing approach 92 ff.
- Belegenheit 85 f.
- Beweislast 89 f.
- Bundesrecht 43, 90 f.
- dogmatische Einordnung, *siehe auch ebenda*, 38, 113 ff., 118 ff.
- Einführung in den Prozeß 89 f.
- Enteignungen 37 ff., 41 ff., 45 f., 46 ff.
- Entscheidungsbefugnis der Gerichte 37, 49, 57, 114 ff.
- Exekutive, Rolle der 42 ff., 50 ff.
- external deference 52, 184
- extraterritoriale Hoheitsakte 40 f., 83 ff., 283
- Funktionsweise, *siehe auch* Wirkungen, 38, 113 ff.
- Gewaltenteilung 42 ff., 53 ff., 104, 108
- Gültigkeit des fremden Aktes 48 f., 87 ff.
- internal deference 54, 84
- judicial self-restraint 50 ff., 96 f.
- Kirkpatrick 48 f., 55 f., 87 ff., 95 f.
- klassische Formulierung 28, 30, 51
- Kritik 127 ff.
- materiell-rechtliches Verteidigungsmittel 117
- Menschenrechtsverletzungen 103 ff.
- moderne Ausprägung 87 ff.
- Motivation des fremden Staates 48 f., 87 ff.
- Political Question-Doktrin, Verhältnis 72 ff.
- principle of abstention 114 ff.
- principle of decision/rule of decision 116 ff.
- Privatpersonen, Anwendung zwischen 35, 89
- public policy 39 ff., 120
- Rationale 42 ff., 50 ff.
- Rechtsquellen 28 ff.
- Restatement (Third) of Foreign Relations Law 49 f.
- Revolutionsregime 33, 37
- rule of decision 38, 117 ff.
- Sabbatino 41 ff., 52 ff.

- Stellungnahmen der Exekutive 42 ff., 45 f., 48, 57 ff., 62 ff.
- Territorialität 30, 40, 83 ff.
- Völkerrecht 42 ff., 103 ff., 129
- Voraussetzungen 78 ff.
- Wirkungsweise, *siehe auch ebenda*, 113 ff.
- Zwangsarbeiterfälle 75 f.
- Alien Tort Claims Act 103, 105 f., 280
- allgemeine Anerkennungsregel 256 ff.
- Anerkennungsgegenstand, *siehe auch ebenda*, 262 ff., 270
- Ausgangspunkt 256 f., 258
- außenpolitische Interessen 272 f.
- internationale Zuständigkeit 259 ff.
- ordre public 265 ff.
- Prüfungsumfang 273 ff.
- Rechtsfolge 273 ff.
- amicus curiae 62, 224 ff., 246, 256, 278
- deutsche Rechtsordnung 224 ff.
- Principles of Transnational Civil Procedure 226 f.
- amtliche Auskunft 222 f.
- Anerkennung fremder Hoheitsakte
 - Act of State-Doktrin 124 ff.
 - allgemeine Regel 256 ff.
 - Berücksichtigung außenpolitischer Belange 217 ff., 229 ff.
 - Definition 136 f.
 - dogmatische Einordnung 140 ff.
 - Geltungserstreckung/-verleihung 137 f.
 - Geltungsgrund 14, 146, 192, 281
 - Grundrechtsbindungen 193 ff., 207 ff.
 - Grundrechtseingriff 207 f., 212 ff.
 - ipso iure 169, 273 f.
 - Nachprüfung fremder Hoheitsakte, Zusammenhang 4 f., 135 ff.
 - Nostrifikation 207
 - öffentlich-/materiell-rechtliche Wirkungen 139 f.
 - ordre public-Kontrolle 246 ff., 253 ff.
 - richterliche Selbstbeschränkung, *siehe auch ebenda*, 230 ff., 252 f.
 - Vetorecht der Exekutive 246, 253
 - Wirkungserstreckung 274
 - Wirkungsweise 136 ff.
- Anerkennungsgegenstand 262 ff., 270
- Endgültigkeit 264
- Rechtmäßigkeit 263 f.
- Vollzug 265
- Wirksamkeit 262 f.
- Anerkennungspflicht 17 f., 21, 249
- Anti-Korruptions-Gesetze 48 f.
- Anwendung Act of State-Doktrin 91 ff.
 - absolute Regel 91 f.
 - Abwägung 92 ff.
 - balancing approach 92 ff.
 - Kritik 95
 - Zukunft des balancing-approach 91 ff.
- Anwendung fremden Rechts 138 ff., 275
- ausländische Staatsgewalt, Bindung an Grundrechte 196 f.
- ausländisches öffentliches Recht 138 ff., 285
- Auslandsbezug, Auswirkungen auf Grundrechtsschutz 197 ff.
- Ausnahmen zur Act of State-Doktrin 97 ff.
 - Bernstein 57 ff., 106
 - Commercial Activity-Exception 106 ff.
 - Counterclaim-Exception 45, 110 f.
 - Cuban Liberty and Democratic Solidarity (LIBERTAD) Act 99 f.
 - Federal Arbitration Act 100
 - Governmental Extinction-Exception 111 f.
 - International Law Exception 103 ff.
 - richterrechtliche Ausnahmen 101 ff.
 - Schiedssprüche 100
 - Second Hickenlooper Amendment 98 f.
 - Treaty-Exception 102 f.
 - völkerrechtsvertragliche Ausnahmen 101 ff.
- ausenpolitische Belange 217 ff.
 - amicus curiae 224 ff.
 - amtliche Auskunft 222 f.
 - Aussetzung des Verfahrens 220 f.
 - Geltendmachung im Prozeß 220 ff.
 - Grundrechte 200 ff.
 - Nebenintervention 224
 - ordre public 246 ff.
 - USA 57 ff.
 - Vertreter des öffentlichen Interesses 225
- ausenpolitische Zuständigkeit

- Gerichte 217 ff.
- Grundgesetz 218 ff.
- USA 42 ff., 56 f.
- Aussetzung des Verfahrens 220 f.
- auswärtige Gewalt 42 ff., 56 f., 218 ff., 233 ff.
- Besonderheiten der Ausübung 56, 234 ff.
- automatische Anerkennung 169, 273 f.

- balancing-approach, *siehe auch* Anwendung der Act of State-Doktrin, 92 ff.
- Faktoren 94 f.
- Grund 93
- Kritik 95
- Ursprung 92 f.
- Beachtungspflicht, völkerrechtliche 16, 18 ff.
- Bodenreformurteile 237 ff.

- Chilenischer Kupferstreit 231 f.
- Choice of Law 115 ff.
- Comitas/comity 36, 40, 54, 56 f., 84, 105, 202, 267
- Cuban Liberty and Democratic Solidarity (LIBERTAD) Act 99 f.

- Deutschland 135 ff.
- Vergleich USA 280 ff.
- dogmatische Einordnung der Act of State-Doktrin 38, 113 ff., 118 ff.
- Anerkennungsregel 124, 125, 126 f.
- Ausschluß der public policy 120
- Choice of Law 120 ff.
- Conflict of Laws 122 ff.
- moderne Theorien 120 ff.

- echte Verknüpfung/genuine link/sufficient connection 12 f., 20
- effet atténué des ordre public 173 f., 182 f., 271
- Endgültigkeit des fremden Aktes 171, 264
- England 29 ff.
- Enteignung, *siehe auch* Internationales Enteignungsrecht, 1 f., 37 ff., 41 ff., 45 f., 46 ff., 142 ff., 209 f., 231, 237 ff., 280
- besatzungsrechtlich/-hoheitlich 161, 237 ff.
- Exekutive 42 ff., 45 ff., 50 ff., 96 f., 101, 104, 106, 129, 186, 188, 191 ff., 273, 278, 281, 282 f., 287
- extraterritoriale Hoheitsakte 13 f., 40 f., 83 ff., 145 f., 163 ff., 207 f., 216, 283
- Grundrechtsbindungen 207 f.

- Gefahr außenpolitischer Störungen 42 ff., 55, 83, 84 f., 90, 94, 121, 147, 151, 217 ff., 263 f.
- Gerichte, *siehe auch* Zivilgerichte
- Unzuständigkeit in außenpolitischen Angelegenheiten 52 ff., 217 ff.
- Gewaltenteilung 42 ff., 62 ff., 68, 191, 218 ff., 230, 241, 246, 248 ff., 253 ff., 281 f.
- Bindung an Verwaltungsakte 191
- ordre public 246 f., 248 ff.
- Gleichheit der Staaten 8 f.
- Grenzüberschreitung, *siehe* Auslandsbezug
- Grundrechte 139, 156 f., 173, 193 ff., 267 f., 269
- Artikel 1 Absatz 3 GG 195 ff.
- ausländische Staatsgewalt 196 f.
- außenpolitische Belange 200 ff.
- Eingriff 207, 210 ff.
- Einschränkungen der Bindung 198 ff.
- extraterritoriale Hoheitsakte 207 ff.
- Gemeinwohlbelange 203
- grenzüberschreitende Sachverhalte 197 ff.
- Grundrechtsoktroi/-imperialismus 202, 203, 205, 215
- Inlandsbeziehung 204 ff.
- internationale Zusammenarbeit/offene Staatlichkeit 199 ff.
- intraterritoriale Hoheitsakte 208 ff.
- ordre public 156 f., 216 f., 267 f.
- Privatrechtsstreitigkeit 206 ff.
- Schutzpflichten 209 ff.

- Helms-Burton Act, *siehe* Cuban Liberty and Democratic Solidarity (LIBERTAD) Act
- Hoheitsakt, *siehe auch* act of state
- Anerkennungsgegenstand 143, 151, 171, 187, 262 ff., 277
- Anerkennungspflicht 18 ff.
- auswärtiger Gewalt 233 ff.

- Endgültigkeit 264
- Enteignung 142 ff., 180 ff., 209 f., 231, 237 ff.
- Rechtmäßigkeit 263 f.
- Urteil, ausländisches 167 ff., 180 ff.
- Vollzug 265
- Wirksamkeit 262 f.
- Hoheitsmacht
 - echte Verknüpfung/genuine link 12
 - faktische 34 f.
 - Gebietshoheit 11 f., 13 f., 18 ff., 165
 - Souveränität 11 ff.
 - territoriale Begrenztheit 11
- Immunität für Hoheitsakte 25
- Indonesischer Tabakstreit 231
- Inlandsbeziehung
 - Grundrechte 204 ff.
 - ordre public 158 ff., 175, 269 f.
- International Comity 63, 142
- internationale Staatengemeinschaft, Einbettung in die 201 f., 204, 233 ff., 241 f., 267
- internationale Zuständigkeit 172, 178, 183, 187, 259 ff.
- internationaler Handel 109, 148, 160, 166, 181, 200, 221, 250, 257 f., 281
- Internationales Enteignungsrecht 142 ff., 180 ff., 209 f., 232, 237, 246, 254, 256, 258, 281, 283, 285
 - Anerkennungsgegenstand 143 f.
 - Anerkennungsvoraussetzungen 148 ff.
 - Auflockerungen 163 ff.
 - Ausgangspunkt für allgemeine Anerkennungsregel 258
 - Gemeinsamkeiten mit Urteilsanerkennung 181 ff., 184 f.
 - iranischer Bürgerschaftsfall 162 f.
 - ordre public 153, 155 ff.
 - Rechtmäßigkeit 148 ff.
 - Territorialitätsprinzip 144 ff.
 - Unterschiede zur Urteilsanerkennung 183 ff., 185 f.
 - Urteilsanerkennung, Vergleich 180 ff.
 - Völkerrechtsmäßigkeit 153 f.
 - Vollzug 152 f.
 - Wirksamkeit der fremden Enteignung 151
- internationales öffentliches Recht 140 ff., 285
- internationales Privatrecht 120 ff., 140 ff., 164, 259, 185
- internationales Verfahrensrecht 140 ff., 253, 285
- intraterritoriale Hoheitsakte 83, 85, 144, 147, 208 ff., 261, 267,
 - Eingriff 212 ff.
 - Grundrechte 208 ff., 267
 - Schutzpflichten 209 ff.
- iranischer Bürgerschaftsfall 162 f.
- Iran-United States Claims Tribunal 101
- ius cogens 22 ff., 104 f., 160, 168 f.
- judicial self-restraints, *siehe auch* richterliche Selbstbeschränkung, 50 ff., 233
- Justitiabilität 46, 69, 71, 75, 110, 223
- justizfreie Hoheitsakte 233
- Kelsen 14
- kubanische Enteignungen 41 ff., 45 f., 46 ff.
- Mahnwachen-Beschluß 235 ff.
- Menschenrechtsverletzungen 103 ff., 204, 268, 270
- Nachprüfung fremder Hoheitsakte 3 ff., 131, 273
 - Anerkennung, Verhältnis 4 f., 135 ff.
 - Deutschland 135 ff.
 - Gefahr negativer außenpolitischer Konsequenzen 50 ff., 147, 217 ff.
 - Staatenimmunität 25 ff.
 - USA 28 ff.
 - Völkerrecht 7 ff.
- Nachprüfungspflicht 24 f., 102, 194, 208, 246
- Nebenintervention 224
- normative Kraft des Faktischen 147, 264, 281
- Nostrifikation 207
- offene Staatlichkeit 199 ff., 247 ff., 267, 278
 - Konkretisierung 202

- ordre public 155 ff., 173 ff., 246 ff., 265 ff.
- allgemeiner ordre public-Vorbehalt 155 f.
- außenpolitische Belange 246 ff., 253 f., 272 f.
- Beurteilungsgegenstand 270 f.
- effet atténué 173 ff., 182 f., 271 f.
- Gewaltenteilung 248 ff., 253 ff.
- Grundrechte 156 ff., 216 f., 267 f.
- Inlandsbeziehung 158 ff., 269 f.
- Interessenabwägung 249 f.
- Internationales Enteignungsrecht 155 ff.
- Rechtsprechung 160 f.
- révision au fond, Verbot 174, 188, 271 f.
- Urteilsanerkennung 173 ff.
- verfahrensrechtlicher 173 ff., 270 ff.
- völkerrechtliche Anerkennungspflicht 20 f.
- Völkerrechtsverstöße 157 f., 265

- par inter parem non habet iurisdictionem 8 f.
- Parteiinteressen 175 ff., 183 ff., 254, 256 ff.
- political question 46, 55
- Political Question-Doktrin 63, 69 ff.
- Act of State-Doktrin, Verhältnis 72 ff.
- Anwendungsbereich 71
- Außenpolitik 71 f.
- Wirkungsweise 70 f.
- Zwangsarbeiterfälle 75 f.
- politische Rücksichtnahme 237 ff.
- politische Spannungen 84, 87, 94, 147, 150, 254, 287
- principle of decision 43, 75, 116 ff.
- Principles of Transnational Civil Procedure 227 ff.
- amicus curiae 226 ff.
- Vorbildfunktion 227 f.
- Privatrechtsstreitigkeit 141, 165, 206 f., 225
- Prüfungsumfang 273 ff.
- public policy 39 f., 41, 83, 120 f., 131, 283
- Rechtmäßigkeit 2, 32, 51, 52, 55, 73, 75, 117, 121, 140, 146, 148 ff., 172, 182, 189 f., 233, 263 f.
- Rechtsfriede 148, 185
- Rechtsschutz 70, 93, 165, 175, 177, 191, 264, 267, 271
- Rechtssicherheit 76, 148, 152, 164, 176, 179, 191 f., 250, 256 f., 276, 281, 284
- Rechtsverkehr, Schutz des 96, 148, 152, 184, 200, 215, 257 f., 261, 266 f.
- Restatement (Third) of Foreign Relations Law 49 f.
- révision au fond, Verbot 171 f., 174, 182, 263 f., 271 f.
- richterliche Selbstbeschränkung, *siehe auch* judicial self-restraint, 50 ff., 217, 230 ff., 281 f.
- ausdrückliche 233 ff.
- außenpolitischer Bereich 232 ff.
- Begründung 233 ff.
- Bodenreformurteile 237 ff.
- Ermessensspielraum 233 f.
- Gewaltenteilung 241
- Mahnwachen-Beschluß 235 ff.
- strukturelle Unzuständigkeit 233 ff.
- USA 50 ff., 91, 94, 96
- verdeckte 235 ff.
- verfassungsgerichtliche 232 ff.
- Zivilgerichte 231, 242, 243 ff.

- Schutz wohlerworbener Rechte 16, 148, 257
- Schutzpflichten, grundrechtliche 209 ff.
- Second Hickenlooper Amendment 44, 45, 64 f., 98 f.
- Slave Labour, *siehe* Zwangsarbeiterfälle
- Souveränität 9 ff., 23 f., 34, 48, 51 f., 76, 84, 107, 146, 177 f., 184 ff., 202, 257 f., 261, 266 f., 269, 281
- Ausübung von Hoheitsgewalt 11 ff.
- Gleichheit der Staaten 8 f.
- konfligierende 12 ff.
- Spiegelbildprinzip 172, 183, 187, 260
- Staatenimmunität 2, 9, 25 ff., 45, 52, 106 ff., 110, 130
- Staatsinteressen 109, 176 ff., 184, 216, 257 f., 266, 269, 274
- State Department 42, 58 f., 66
- statement of interest 62, 76

- Stellungnahmen der Exekutive 42, 45 f., 48, 57 ff., 62 ff., 64 ff., 67, 76, 77, 101, 111, 224, 249, 250, 254, 256, 282
- Steuerungsfähigkeit des Rechts 282
- Territorialität, *siehe auch* Act of State-Doktrin, Territorialität
- territoriale Begrenztheit von Hoheitsausübung 11, 260
- Territorialitätsprinzip 144 ff., 183, 187, 260 f., 281, 285
- Auflockerungen 163 ff.
 - Beherrschungs-/Zugriffsmöglichkeit 147
 - Gebietsouveränität, Schutz 146
 - Gefahr politischer Spannungen 147
 - Geltungsgrund 146 ff.
 - Grundrechte 196
 - Internationales Enteignungsrecht 144 ff.
 - internationale Zuständigkeit 260 f.
 - negatives 144 f.
 - positives 144
 - Wirkungsweise 145 f.
- Torture Victim Protection Act 103, 106, 280
- Unabhängigkeit der Justiz 61, 68, 129, 174, 191, 227, 251, 253
- Unzuständigkeit der Gerichte in außenpolitischen Angelegenheiten 53 ff., 193, 217 ff.
- Urteile, Anerkennung ausländischer 167 ff.
- Anerkennungshindernisse 172 ff.
 - *effet atténué des ordres public* 173 ff.
 - Gegenseitigkeitserfordernis 175, 179 ff.
 - Gegenstand 171
 - Gemeinsamkeiten mit dem Internationalem Enteignungsrecht 181 ff., 184 f.
 - Gleichstellung 170
 - Grundsätze 169 ff.
 - Interessenskonflikte 175 ff.
 - *ipso iure* 169
 - Kumulationstheorie 170
 - rechtspolitische Erwägungen 175 ff.
- Unterschiede zum Internationalem Enteignungsrecht 183 ff., 185 f.
 - Verbot der *révision au fond* 171 f.
 - Vorbildfunktion 186 ff.
 - Wirkungserstreckung 169 f.
 - USA 28 ff.
 - Deutschland, Vergleich 280 ff.
- verdeckte richterliche Selbstbeschränkung 235 ff.
- Verfassungsgericht 281 f.
- Akte auswärtiger Gewalt 232 ff.
 - richterliche Selbstbeschränkung 232 ff.
- Verwaltungsakte
- Bindung 189 ff.
 - Gewaltenteilung 191
 - Rechtmäßigkeitsprüfung 189
 - Zivilprozeß 188 ff.
- Völkerrecht 7 ff., 36, 42 ff., 46, 52, 54, 65, 93, 99, 101 ff., 119, 129, 145, 147, 150, 153 f., 157 f., 159 f., 202 ff., 215, 223, 231, 233, 257, 261, 268 f., 269, 273, 283 f.
- Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes 23
- völkerrechtswidrige Hoheitsakte 22 ff., 42 ff., 268 f.
- dispositives Völkerrecht 22 ff.
 - *ius cogens* 22 ff., 24, 104
 - Völkerrechtsverstoß durch Anerkennung 22 ff.
- Vollzug des Hoheitsaktes 152 f., 265
- Widerklage 110 f.
- Willkürverbot 21, 233 f.
- Wirksamkeit des fremden Aktes 7, 20 f., 124, 145, 151 f., 182, 185, 262 ff., 275
- Wirkungserstreckung 170 f., 188, 274
- Wirkungsweise der Act of State-Doktrin 113 ff.
- principle of abstention 114 ff.
 - principle of decision/rule of decision 116 ff.
 - Prinzip richterlicher Enthaltung 114 ff.

- Zivilgerichte 3, 24, 26, 136, 141,
188 ff., 194, 206, 208, 225 f., 230 ff.,
267, 273, 275, 281 f.
- außenpolitische Unzuständigkeit
217 ff., 251 ff.
 - Forum zur Nachprüfung und Beurteilung fremder Hoheitsakte
- Zivilprozeß 176, 188 ff., 222 f., 225 f.,
228, 244
- Zuständigkeit zum Erlaß von Hoheitsakten
- Anerkennungsvoraussetzung 259 ff.
 - völkerrechtliche 11 ff.
- Zuständigkeitskonkurrenzen/Souveränitätskonflikte 12 ff.
- ausschließliche/konkurrierende Zuständigkeit 17
 - mittelbare/unmittelbare Auslandswirkung 15 ff.
 - Monismus 14 f.
- Zwangsarbeiterfälle 75 f.